

STANDPUNKT

Von Anita Kecke

Wahlfarce am Hindukusch



Es wird immer offener, dass die internationalen Truppen in Afghanistan eine Wahlfarce geschützt haben. Mit dem korrupten Präsidenten Hamid Karsai, der nun trotz Wahlfälschungen im Amt bleibt, haben die USA aufs falsche Pferd gesetzt. Erfolge beim Aufbau der Demokratie sehen anders aus. Dennoch wird der Druck der USA auf Deutschland wachsen, sich mehr zu engagieren, ob mit Truppen, bei der Polizeiausbildung oder beim Aufbau. Die Schonzeit für die schwarz-gelbe Bundesregierung wird schnell vorbei sein, weil auch Präsident Obama unter Handlungsdruck steht. Das wird für die Koalition nicht einfach, weil der nach wie vor umstrittene Luftesatzbefehl von Kundus im ohnehin Einsatzmüden Deutschland die Diskussion überschattet. Zudem sendet Schwarz-Gelb mit der Wehrpflicht-Verkürzung auf einen sechsmonatigen Schnupperkurs eher unschlüssige Signale.

Auch wenn die Situation in Afghanistan immer schwieriger wird, ist ein Nichts-Wie-Weg! ebenso wenig eine Lösung wie ein Weiter-So! Dafür steht am Hindukusch zu viel auf dem Spiel. @ a.kecke@lvz.de

KOMMENTAR

Von André Böhmer

Fehlender Spielraum für Steuersenkungen



Finanzminister Schäuble spricht Klartext, die CDU-Ministerpräsidenten murren mehr oder weniger öffentlich und selbst an der Basis der Liberalen macht sich zunehmend Unmut breit: Gerade mal eine Woche nach dem Regierungsantritt der neuen schwarz-gelben Koalition steht eines ihrer zentralen Vorhaben schon massiv in der Kritik. Die aufgeregte Debatte um die geplante Steuerreform wirkt um so skurriler, je klarer es wird, dass die Einnahmen des Staates immer mehr einbrechen.

Die jüngsten Prognosen der Steuer-schätzer machen jedenfalls deutlich, dass der Spielraum für umfassende Steuersenkungen fehlt. Zwar fällt der Konjunkturbrech nicht so gravierend aus wie befürchtet und für 2010 deutet sich sogar ein zarter Aufschwung an. Dies sind aber auch die einzigen guten Nachrichten aus der Expertenrunde. Ansonsten ist klar, was in den nächsten Jahren auf den Finanzminister zukommen wird. So lässt zum Beispiel die zunehmende Kurzarbeit die Einnahmen aus der Lohnsteuer sinken.

Wer unter diesen Voraussetzungen auf der Einnahme-Seite weiter das Versprechen abgibt, in den kommenden Jahren die Steuern im großen Stil zu senken, dem sind die Auswirkungen auf die kommenden Generationen schlichtweg egal. In der FDP, die trotz dramatischer Haushaltslage an ihren Forderungen festhält, hat sich diese Erkenntnis noch nicht durchgesetzt. Ein neues Einkommenssteuersystem ohne eine entsprechende solide Gegenfinanzierung ist jedenfalls finanzpolitisches Harakiri. Als Oppositionspartei würde die FDP keine Gelegenheit auslassen, dies auch so anzuprangern. @ a.boehmer@lvz.de

PRESSESCHAU

**Zur Finanzpolitik der Koalition** schreibt das Handelsblatt (Düsseldorf): „Schäuble tut gut daran, die teuren Wunschzettel des liberalen Koalitionspartners gleich zu Beginn seiner Amtszeit wieder einzusammeln. Nur so behält er den notwendigen Spielraum, um in den nächsten Jahren parallel zum Abklingen der Krise wieder vorsichtig von der Stimulierung der Konjunktur auf Konsolidierung umschalten zu können.“

**Zur Koalition in Brandenburg** kommentiert die Märkische Allgemeine (Potsdam): „Die Präambel im Koalitionsvertrag, in der es heißt, dass es eine Verklärung der SED-Diktatur nicht geben werde, wird die Debatte nicht beruhigen. Die Präambel ist im Gegenteil zur Messlatte geworden, an der jede verdächtige Äußerung geprüft werden wird.“

**Zur Schweinegrippe** bemerkt die Lausitzer Rundschau (Cottbus): „Man kann nur an die Bürger appellieren, den Gesundheitsbehörden zu vertrauen. Sie haben keinen Grund die Situation zu dramatisieren und tiefen zur Massenimpfung auf.“

**Zu Guttenberg** meint die Mittelbayerische Zeitung (Regensburg): „Karl-Theodor zu Guttenberg hat einen Vertrauensvorsprung auf dem Weg bekommen. Wenn er alles richtig macht, ist er der Mann der Zukunft. Wenn nicht, haben Horst Seehofer und Angela Merkel einen politischen Konkurrenten weniger.“

Bananen und Heiratsanträge

1987 sendet Wiso als erstes westdeutsches TV-Magazin live aus der DDR

Leipzig/Dresden. Vor 20 Jahren erfuh die deutsche Geschichte eine Zäsur. Die Friedliche Revolution in der DDR führte zum Untergang des SED-Regimes. Am 9. November 1989 fiel die Mauer, die Welt blickte auf die zwei deutschen Staaten und verfolgte den Weg zur Wiedervereinigung. In einer Serie erinnern wir an diesen historischen Umbruch.

Von KAY STOLLE

Es ist der 18. Mai 1987. Kaum jemand denkt schon an den Mauerfall, und doch wird die Grenze damals ein klein wenig durchlässiger. Noch nicht für die Bürger, aber für Informationen, für Fernsehbilder. Denn an jenem Tag wird erstmals eine komplette Sendung eines westdeutschen TV-Magazins live aus der DDR übertragen. Als Wiso-Moderator Michael Jungblut auf Sendung geht, ist er zu Gast im sächsischen Neudorf, in einem Werk des Maschinenbau-Kombinats VEB Textima. Dort berichtet er über den Betrieb und über den Alltag der Menschen, die hier arbeiten.

Über den Alltag von Menschen wie Jochen Schneidenbach. Der Dreher ist damals 46 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern im Schulalter, und wie er arbeitet auch seine Frau, seine Mutter und seine Schwiegermutter im Textima-Werk. Eine Sendung lang wird Jochen Schneidenbach zum DDR-Vorzeige-Arbeiter. Das ZDF filmt ihn am Arbeitsplatz, daheim im Einfamilienhaus, auf dem Fußballplatz, wo er eine Juniorenmannschaft trainiert, am Straßenrand, wo er den Radsportlern der Friedensfahrt jubelt. Während der Dreharbeiten und später live in der Sendung erzählt er, wie er im Drei-Schicht-System arbeitet, wie die Kinderbetreuung im Dorf funktioniert; er erzählt, wie hoch sein Einkommen ist und wie hoch die Preise sind. Er erzählt den ZDF-Leuten sogar, wie lange er auf ein Auto wartet. „Keiner hat uns damals vorgeschrieben, was wir sagen sollen“, sagt er heute. Und doch: Ein Aufpasser sei meist dabei gewesen. „Der war vom Betrieb, aber später haben wir erfahren, dass er für die Stasi gearbeitet hat.“

Auch Michael Jungblut spricht von Selbstzensur, wenn er sich an die Interviews von damals erinnert. „Wir haben gemerkt, dass sie oft flunkerten. Die Leute wollten ja keinen Ärger haben.“ Im Gedächtnis geblieben sind dem Journalisten auch die skurrilen Seiten seines Besuches in Neudorf. Denn die Westdeutschen sind nicht die einzigen Exoten hier. Weil das Wiso-Team vor der Sendung auch in der HO-Verkaufsstelle dreht, gibt es dort plötzlich Bananen zu kaufen. Sogar eine Straße sei frisch geteert worden. „Dabei wäre uns das alles gar nicht aufgefallen, wenn uns die Leute nicht darauf hingewiesen hätten.“

Die Vorgeschichte der Live-Sendung beginnt etwa ein Jahr zuvor auf der Leipziger Messe. Als erstes westdeutsches TV-Magazin zeichnet Wiso dort eine Sendung in der DDR auf, die aber noch nicht live übertragen wird. Im DDR-Außenministerium – hier sitzt die für Kontakte zu Westmedien zuständige Behörde – ist man hinterher durchaus angetan, wohl auch wegen der kostenlosen Werbung für die Messe. Das Angebot, im nächsten Jahr wiederzukommen, lehnt die Wiso-Redaktion aber ab. Man will an bundesdeutschen Messeplätzen nicht ähnliche Begehrlichkeiten wecken, und Michael



Mehr als 20 Jahre danach: Gudrun Hager und Jochen Schneidenbach (M.) mit dem aktuellen Wiso-Moderator Michael Opoczynski gestern Abend bei einer Wiso-Live-Sendung in Leipzig. Foto: Wolfgang Zeyen



Gudrun Hager 1988 live im ZDF. Foto: ZDF



Michael Jungblut 1987 vor dem Textima-Werk. Foto: ZDF

Jungblut hat ohnehin anderes im Sinn: Eine Sendung aus einem DDR-Betrieb. „Bei den zuständigen Stellen hieß es dann: Ja, ja, wir wären ja dafür, aber da wird sich wohl kein Generaldirektor finden, der mitmacht.“ Doch den hat Jungblut da schon in der Hinterhand – den Textima-Chef, den er auf der Messe kennengelernt hat, und der sich bessere Kontakte in den Westen verspricht. Nach zähen Verhandlungen stimmen die Behörden sogar einer Live-Übertragung zu, zumindest, wenn der Generaldirektor einverstanden sei. Nach einem Abend mit Spindelwasser, dem lokalen Kräuterschnaps, ist auch das erledigt. Jungblut: „Er hat gesagt: Wenn ich mir garantieren könnte, dass nicht einer ins Bild springt und Honecker ist doof, dann in Gottes Namen.“

Ins Bild gesprungen ist niemand – und so darf das Wiso-Team im Sommer 1988 noch einmal live aus der DDR berichten, wieder aus dem heutigen Sachsen, aus der Porzellanmanufaktur in Meißen. Moderator Jungblut sitzt während der Sendung mit einem halben Dutzend Mitarbeitern – vom Generaldirektor bis zum Lehrling – an einem Tisch. Die Produkte, deren Absatz die Manufaktur im Westen gern steigern würde, sind drum herum in Szene gesetzt. In Szene gesetzt – wenn auch nicht vor der Kamera – hat sich aber auch die Stasi, deren Vorgehen dieses Mal weit weniger subtil ist als in Neudorf. „Man hat uns vorher genau unterwiesen, was wir sagen dürfen und was nicht“, erinnert sich Gudrun Hager, damals Porzellanmalerin und Lehrmeisterin. „Wir durften nichts Privates erzählen, und auch keine Fragen zum Einkommen beantworten. Als ich tatsächlich nach dem Lohn gefragt wurde, habe ich gleich gesagt: Da fragen Sie lieber den Generaldirektor, der ist da kompetenter.“ Und als das ZDF-Team Tüten mit Werbegeschenken – ein Regen-schirm, ein T-Shirt ... – verteilt, schnautz einer der Aufpasser Gudrun Hager an. Sie solle die Tüte später zurückgeben. „Ich habe gesagt, wenn ich das nicht behalten darf, dann sage ich das in der Live-Sendung. Da hat er nur gesagt: Schaffen Sie das weg“, erzählt sie und kann nun, 21 Jahre danach, auch darüber lachen. Wirklich schockiert ist die damals 37-Jährige, als sie einen Monat später ihren Chef vertritt. Post abheftet und einen geöffneten Brief findet, der an das Werk adressiert und an sie gerichtet ist. Eine Frau aus Ludwigshafen schreibt

ihr, wie beeindruckt sie von ihr war. Und hinter diesem Brief steckt ein weiterer – ein Antwortschreiben der Manufaktur im Namen von Gudrun Hager! Als sie bei der Leitung nachfragt, bekommt sie sogar einen ganzen Ordner zu sehen. Alles Post für sie aus der Bundesrepublik, darunter Liebesbriefe und Heiratsanträge. Alle beantwortet von der Manufaktur.

Als die Mauer fällt, ist Gudrun Hager nicht mehr im Betrieb. Gemeinsam mit ihrem Mann hat sie sich selbstständig gemacht. Die kleine Porzellanmanufaktur in Weinböhla ist eine Erfolgsgeschichte, erst als ihr Mann 68 Jahre alt wird, geht das Paar in Ruhestand. Auch Jochen Schneidenbach hat nach der Friedlichen Revolution Glück. Er arbeitet noch immer im Neudorfer Maschinenbau-Werk. Der Betrieb, der 1987 etwa 750 Mitarbeiter hatte, beschäftigt heute noch 150 Menschen.

BISHER ERSCHIENEN

- ▶ Republikflucht vor dem Fernseher
- ▶ Ein Fest in Marienweiher
- ▶ Mauersturm mit Blasmusik
- ▶ Das ZDF im Erzgebirge

„Eigenmächtigkeit der DDR-Grenzoffiziere“

Historiker Manfred Wilke über das Geschichtsverständnis von Egon Krenz und den friedlichen Mauerfall

Leipzig. Der Berliner Soziologieprofessor Manfred Wilke war 1992 Mitbegründer des Forschungsvverbundes SED-Staat der FU Berlin, den er bis 2006 leitete. Der Zeithistoriker, Beirats-Mitglied der Birkhler-Behörde, äußert sich über die Rolle der DDR-Grenztruppen am 9. November 1989 und zum Geschichtsverständnis des letzten DDR-Staatschefs Egon Krenz.

Frage: Egon Krenz wendet sich per Brief an Bundespräsident Köhler und beklagt sich über den Umgang mit der DDR-Geschichte. Sind diese Vorwürfe des letzten DDR-Regierungschefs nachvollziehbar?

Manfred Wilke: Krenz hat sich darüber beschwert, dass die Sicht der SED auf die Geschichte ihres Staates nicht angemessen berücksichtigt wird. Aus seiner Perspektive verständlich, aber er versucht im Nachhinein das reale Bild des SED-Staates, der moralisch, ökonomisch und politisch bankrott war, zu beschönigen.

Krenz moniert auch den fehlenden Respekt gegenüber den Lebensleistungen und Biografien von DDR-Bürgern.

Krenz geht es nicht um die Lebensleistungen von Arbeitern, Bauern, Künstlern und Wissenschaftlern in der DDR. Denn der Respekt gegenüber diesen Biografien ist in Deutschland durchaus vorhanden. Was Krenz bekümmert, ist das negative Urteil über das Wirken der SED und der Kommunisten ab 1945. Daran sollte sich aus meiner Sicht auch nichts ändern.

Er spricht also nur für die DDR-Kader?

Er moniert, dass niemand auf die Idee kommt, seine Lebensleistung und die von Ulbricht und Honecker entsprechend als

bedeutende Politiker der Nachkriegszeit auf Hochglanzpapier zu würdigen.

Bei seinem letzten öffentlichen Auftritt vor DDR-Grenzoffizieren wehrte sich Krenz auch dagegen, die DDR als Diktatur zu bezeichnen. Dies, so Krenz wörtlich, sei Volksverhetzung, die bestraft gehört. Wie sind diese Forderungen einzuschätzen?

Der ehemalige SED-Chef will in der Debatte um die DDR als Unrechtsstaat gern vergessen machen, dass sie sich selber als Diktatur bezeichnet hat. Krenz sollte mal wieder in das alte SED-Partei-programm von 1976 sehen. Darin heißt es, dass die Politik der SED auf die Stärkung des Arbeiter- und Bauernstaates als eine Form der Diktatur des Proletariats gerichtet ist.

Am 9. November '89 hat die repres-



Grenzübergang Bornholmer Brücke in Berlin: Der Andrang am Abend des 9. November 1989 veranlasst die DDR-Grenzer, den Schlagbaum hochzuziehen. Foto: epd

sive Seite der Diktatur, der militärische Apparat, still gehalten. Der Mauerfall ging als friedliches Ereignis in die Weltgeschichte ein. Für Krenz im Nachhinein ein „weltpolitischer Verdienst“ der DDR-Grenztruppen. Kehrt er damit nicht Ursache und Wirkung um?

INTERVIEW

Reisefreiheit der DDR-Bürger und seine vorzeitige Verkündung auf der Pressekonferenz durch Schabowski die Truppen vor eine dramatische Entscheidung gestellt hat.

Welche? Die Erfüllung des Klassenauftrags im Zweifel unter Ausführung des Schießbefehls oder das Walten von Vernunft mit

dem Hochziehen der Schlagbäume – das lag an diesem Abend allein in der Verantwortung der Grenzoffiziere. Deren Verhalten aber nun umzudeuten, als wäre die Maueröffnung ein Geschenk und die Gnade der DDR-Grenzer und nicht die erzwungene Tat der DDR-Bürger, das ist infam und lächerlich. Das ist eine Fälschung der Geschichte.

Die Nichtausführung des Schießbefehls durch die DDR-Grenztruppen: Wie konnte es zu dieser Besonnenheit kommen, die die Nacht des 9. November 1989 dann friedlich ablaufen ließ?

Der Bankrott des DDR-Sozialismus war auch an den Grenztruppen nicht spurlos vorbeigegangen. Vor dem Hintergrund der Massen-Ausreise von DDR-Bürgern und einer völlig auf sich allein gestellten Befehlssituation standen sie vor der Frage, ob sie selbst ihr Leben einsetzen, um Tausende von Berlinern daran zu hindern, in den Westen zu gehen.

Im Kontext des Mauerfalls also doch eine historische Leistung?

Die SED-Führung hatte sich an diesem Abend gegenüber den Grenztruppen in Schweigen gehüllt. Auch die Generäle schwiegen. Und in dieser Situation haben sie nicht wie die Wehrmacht 1945 bis fünf nach zwölf gekämpft und dabei das Land mit zerstört. Sie haben sich stattdessen gesagt, es ist vorbei, der DDR-Sozialismus ist zu Ende und wir haben keine Veranlassung unser und das Leben anderer aufs Spiel zu setzen. Das ist für mich zweifellos ein Verdienst. Die Eigenmächtigkeit der DDR-Grenzoffiziere, in dieser Nacht nicht zu schießen, sollte zum Jahrestag des Mauerfalls durchaus gewürdigt werden. Die Grenztruppen haben in dieser Nacht für die SED kapituliert. Interview: André Böhmer

Ukraine  
Mysteriöse Epidemie  
sorgt für Panik

Kiew. Geschlossene Schulen und Kindergärten, ein Verbot von Massenveranstaltungen sowie Quarantäne in neun Regionen des Landes – in der Ukraine macht sich wegen der Schweinegrippe Panik breit. Dabei war es bis Mitte voriger Woche in der krisengeschüttelten Republik ganz ruhig in Sachen Grippe. Nun aber überschlagen sich die Akteure plötzlich mit dramatischen Zahlen. Die Grippe habe fast 70 Menschenleben gefordert, 255 000 Menschen seien infiziert, teilte das Gesundheitsministerium in Kiew mit. Dramatisch ist die Lage im Westen des Landes um die Region Lwiw (Lemberg). Dabei war unklar, ob es tatsächlich nur um die Schweinegrippe geht.

Bei vielen der Todesfälle laufen die Untersuchungen auf das H1N1-Virus noch. Doch der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko warnte wegen der Schweinegrippe nun sogar vor einer Gefahr für die nationale Sicherheit. Er rief deshalb nicht nur die benachbarten Länder um Hilfe an, sondern auch die EU und die Nato. Der Staatschef erklärte aber nicht, was das Militärbündnis gegen die Epidemie tun könne. Wohl auch wegen der inzwischen weit verbreiteten Panik wollte sich eine Delegation der Weltgesundheitsorganisation WHO gestern selbst ein Bild von der Lage im Land machen.

Regierungschefin Julia Timoschenko ließ Bildungseinrichtungen und Kindergärten für drei Wochen schließen. Sie verbot auch Veranstaltungen mit größeren Menschenmengen. Die Lage verschärfte sich am Wochenende, als in den Apotheken keine Schutzmasken oder Medikamente mehr zu haben waren. Zudem starben vier Ärzte, während viele Kliniken ohnehin schon überlastet waren. Ukrainische Medien berichteten, dass in den unter Quarantäne stehenden Regionen um Lwiw, Ternopol und Iwanofrankowsk Armee-Hubschrauber Chlor und andere Chemikalien versprüht hätten, um das Virus zu töten. Einige Zug- und Flugverbindungen seien gestrichen worden.

Das verarmte Land dankte gestern dem Schweizer Pharmakonzern Roche, der 16 Tonnen des Grippemittels Tamiflu zu einem Sonderpreis zur Verfügung gestellt habe. Einige Apotheken sollen wegen der Knappheit mehrere hundert Euro je Tamiflu-Packung verlangt haben. Die Regierung will diesen Preis-Wucher auf Kosten verängstigter Menschen hart bestrafen. Viele Menschen deckten sich mit Wodka, Zitronen und Knoblauch ein, um das Virus zu bekämpfen. Die Ukraine halte keinen Impfstoff vorrätig, hieß es.

Als einer der wenigen Politiker warnte Gesundheitsminister Wassili Knjasewitsch seine Kollegen davor, weiter Panik zu verbreiten. „Bei uns gibt es Probleme wie in jedem Land der Erde auch“, sagte der Minister. Einige Parlamentarier warfen dem Präsidenten und der Regierungschefin vor, die Schweinegrippe als Wahlkampfthema zu missbrauchen. Die beiden Rivalen treten am 17. Januar 2010 bei der Präsidentenwahl mit weiteren Kandidaten an. Timoschenko machte deutlich, dass auf keinen Fall der Ausnahmezustand im Land verhängt werden solle. Dies würde die Wahl sonst gefährden. Nina Jeglinski und Ulf Mauder, dpa



In der Ukraine wird das Tragen von Masken als einziger Grippeschutz empfohlen.

HINTERGRUND

Neue Impfstudie aus Schweden

Schweden impft seit dem 12. Oktober gegen die Schweinegrippe und präsentiert erste Erfahrungen mit dem auch in Deutschland verwendeten Stoff Pandemrix. Demnach entsprechen die Nebenwirkungen denen, die erwartet werden.

In dem Land wurden bisher 1,4 Millionen Dosen Pandemrix ausgeliefert. Es wurde nicht mitgeteilt, wie viele Menschen geimpft wurden. Gesundheitsmitarbeiter hätten bisher 200 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen gemeldet. Von den Geimpften selbst hätten 400 bis 500 über Nebenwirkungen berichtet. In Zulassungsstudien wurden Kopf- und Gelenkschmerzen, Fieber, Mattigkeit und Rötung an der Einstichstelle festgestellt.

Beachtenswert sei die Meldung von allergischen Reaktionen bei 37 Patienten, darunter 15 schwerwiegende Reaktionen. Die Patienten seien mit Adrenalin, Kortikosteroiden und Antihistaminika behandelt worden. Bei zwei der Patienten sei eine Hühnerfleischallergie bekannt gewesen. Fünf Patienten seien im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung gestorben. „Derzeit gibt es keine Hinweise auf einen ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung“, heißt es. Alle fünf Patienten hatten chronische Erkrankungen. dpa